



# GEFÄNGNISSE IN EUROPA: AKTUELLES ÜBER NATIONALE GESETZGEBUNGEN

DEZEMBER 2023

*Nationale Rechtsprechungen, Gesetzgebungen und Entwicklungen in der Exekutive zu Fragen des Strafvollzugs zu verfolgen, kann für Rechtsexperten in ganz Europa eine Herausforderung sein. Mit diesem Newsletter möchten das **European Prison Litigation Network (Europäisches Netzwerk zu Streitsachen im Strafvollzug)**, seine Mitglieder und Partner in ganz Europa nationale Anwälte und zivilgesellschaftliche Organisationen über die wichtigsten rechtlichen Entwicklungen im Bereich des Strafvollzugs informieren. Wir hoffen, dass Sie dadurch in der Lage sind, europäische Trends besser zu erkennen und sie dann in Ihrer Rechtspraxis nutzen können. Der Newsletter deckt **14 Mitgliedsstaaten der Europäischen Union** sowie **Rusland, Moldau, die Ukraine und Georgien** ab.*

*Bitte zögern Sie nicht, uns mitzuteilen, wie wir diesen Newsletter für Sie noch nützlicher gestalten können.*

---

## ÜBERBLICK DER NEUIGKEITEN IM BEREICH DES STRAFVOLLZUGS

AUGUST-SEPTEMBER 2022

---

**HAFTBEDINGUNGEN** ■ In Brüssel, **Belgien**, wurde ein neues "Mega-Gefängnis" für rund 1.200 Gefangene eröffnet.

**HAFTREGIME** ■ Nach den kürzlich von der **spanischen** Regierung veröffentlichten Zahlen hat sich die [Zahl der Gefangenen, die im geschlossenen Vollzug ihre Strafe verbüßen, seit Ende 2018](#) im Land halbiert.

**DISZIPLINARSTRAFEN** ■ Das oberste **belgische** Verwaltungsgericht entschied, dass Gefängnisdirektoren nicht verpflichtet sind, das Gutachten eines Psychiaters einzuholen, wenn sie gegen einen Häftling eine Disziplinarstrafe verhängen.

**URTEILSVOLLZUG** ■ Ein **deutsches** Landgericht [bestätigte eine gegen die Gefängnisverwaltung verhängte Bewährungsstrafe](#) wegen Nichtvollstreckung eines Urteils zugunsten eines Häftlings, der eine zusätzliche Stunde Hofgang pro Tag beantragt hatte.

**EUROPÄISCHER HAFTBEFEHL** ■ Das **spanische** Verfassungsgericht entschied, dass im Rahmen der Vollstreckung eines von spanischen Gerichten erlassenen Europäischen

Haftbefehls [die Behörden für die Zeit der Untersuchungshaft im Vollstreckungsland verantwortlich gemacht werden können.](#)

**ELEKTRONISCHE ÜBERWACHUNG** ■ Das Oberlandesgericht Wien, **Österreich**, entschied, dass ein Gefangener, der von zu Hause aus arbeitet, das Kriterium der "angemessenen Beschäftigung" erfüllt, das für die elektronische Überwachung erforderlich ist. Die **rumänische** Regierung verabschiedete einen Beschluss, der die technischen und organisatorischen Aspekte der Pilotphase des neuen elektronischen Überwachungssystems festlegt.

**GESUNDHEIT** ■ In **Spanien** forderte das Generalsekretariat für Strafvollzugsanstalten private Gesundheitseinrichtungen auf, ihre Dienste in Haftanstalten anzubieten, und startete ein Pilotprojekt für telefonische Konsultationen. In der **Republik Moldau** fand im September 2022 die erste Sitzung der Arbeitsgruppe statt, die Vorschläge für Änderungen in der Gesundheitsversorgung in Haftanstalten ausarbeiten soll. Die Arbeitsgruppe wurde nach einem wichtigen Urteil des EGMR zu diesem Thema eingerichtet. Das Verfassungsgericht der **Tschechischen Republik** wies den Antrag eines Häftlings auf Anfechtung der Weigerung eines ordentlichen Gerichts, seine Strafe aus gesundheitlichen Gründen auszusetzen, als offensichtlich unbegründet zurück. Das **rumänische** Justizministerium [veröffentlichte auf seiner Website einen Gesetzesentwurf](#) über die medizinische Versorgung, Behandlung und Pflege von inhaftierten Personen und legte ihn der Öffentlichkeit zur Diskussion vor.

**JUGENDLICHE** ■ Die **österreichische** Bürgerbeauftragte [veröffentlichte einen Bericht über Jugendliche in Haftanstalten](#), in dem sie deren Lebensbedingungen bewertete, strukturelle Probleme ansprach und Verbesserungen empfahl.

**ÜBERWACHUNGSORGANE** ■ Der **belgische** Zentrale Rat zur Überwachung von Gefängnissen [hat seinen Jahresbericht 2021 vorgelegt](#). In **Russland** werden öffentliche Überwachungskommissionen, die mit dem Besuch von Haftanstalten beauftragt sind, zunehmend unter staatliche Kontrolle gestellt.

**NGOs** ■ Die Vereinigung für Menschenrechte in Andalusien (**Spanien**) veröffentlichte [auf ihrer Website einen Leitfaden zum Alltag in Gefängnissen](#) und unterstützte die [Übersetzung des Leitfadens des EGMR über die Rechte von Gefangenen ins Spanische](#).

**STRAFVOLLZUGSRECHT** ■ In **Griechenland** wird derzeit ein neues Strafvollzugsgesetzbuch ausgearbeitet. Die wichtigsten Änderungsvorschläge betreffen die Haftbedingungen, die Häftlingsrechte, die Haftbedingungen, Alternativen zur Haft und die Wiedereingliederung der Gefangenen. In **Polen** sind die ersten Elemente der Strafvollzugsreform in Kraft getreten. Sie betreffen Gesundheitsfürsorge, die Nutzung von Telefonen im Gefängnis, Gefängnisarbeit und elektronische Überwachung.

**GEFANGENENGEWERKSCHAFT** ■ In **Österreich** wurde die erste Gewerkschaft für Häftlingsrechte gegründet.

**GEFÄNGNISSE IN KRIEGSZEITEN** ■ EPLN und Russia Behind Bars riefen zur Nutzung von [sechs UN-Mechanismen](#) auf, um zu erklären, dass die Rekrutierung **russischer** Gefangener für den Dienst in der Ukraine in den Reihen der paramilitärischen Gesellschaft Wagner Zwangsarbeit und willkürliche Inhaftierung beinhaltet.

**PRIVAT- UND FAMILIENLEBEN** ■ Dem **russischen** Unterhaus wurden Änderungen zum Strafvollzugsgesetz vorgelegt, [mit denen das Recht von Häftlingen, die unter strengem Regime stehen und in Disziplinarabteilungen untergebracht sind, auf Telefongespräche erweitert wird](#). In **Portugal** sieht [ein neues Gesetzesdekret die Installation von Festnetztelefonen in jeder Zelle vor](#).

**URTEILSANPASSUNG** ■ Das Verfassungsgericht der **Tschechischen Republik** entschied, dass ordentliche Gerichte, die Anträge auf bedingte Entlassung prüfen, ihre Entscheidungen ordnungsgemäß begründen müssen. In **Russland** wird durch Änderungen des Strafgesetzbuchs die Länge der obligatorischen Haftstrafe um bis zu zwei Drittel erhöht. Danach können Häftlinge, die wegen besonders schwerer Verbrechen verurteilt wurden, beantragen, dass ihre Haftstrafe durch eine mildere Strafe in Form von "Zwangsarbeit" ersetzt wird.

**FOLTER** ■ **Russische** Gerichte schützen Strafvollzugsbeamte weiterhin vor der strafrechtlichen Verantwortung für die Folterung von Gefangenen, obwohl das russische Strafgesetzbuch vor kurzem geändert wurde und Folter durch Staatsbeamte unter Strafe stellt.

---

**LESEN SIE DIE VOLLSTÄNDIGE AUSGABE AUF UNSERER WEBSEITE >>**

---

Ein besonderes Dankeschön an unsere [Mitglieder und assoziierten Partner](#) für die gemeinsame Erstellung dieses Newsletter!

---

**EUROPEAN  
PRISON  
LITIGATION  
NETWORK**

[www.prisonlitigation.org](http://www.prisonlitigation.org)

21ter rue Voltaire

75011 Paris

Frankreich

[contact@prisonlitigation.org](mailto:contact@prisonlitigation.org)

---

Dieser Newsletter wird von der Europäischen Union, UNAIDS und dem Robert Carr Fund finanziert. Die darin geäußerten Ansichten und Meinungen sind jedoch ausschließlich die der Autoren und spiegeln nicht notwendigerweise die der Europäischen Union, der Europäischen Kommission, von UNAIDS oder des Robert Carr Fund wider. Weder die Europäische Union, die Europäische Kommission, UNAIDS noch der Robert Carr Fund können für diese verantwortlich gemacht werden.

